

Ist das Verbraucherinformationengesetz ein Flop?

Verbände halten Regelungen für wirkungslos, die Regierung widerspricht



BERLIN – Das Verbraucherinformationengesetz (VIG) für mehr Auskünfte über Gammelfleisch hat nach Ansicht von Verbänden und Opposition weitgehend versagt. Knapp zwei Jahre nach dem Start zog die Deutsche Umwelthilfe jetzt eine vernichtende Bilanz und sprach von »Informationsverhinderung zugunsten der Wirtschaft«.

Der frühere Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) nannte das Gesetz damals einen Meilenstein. Die Deutsche Umwelthilfe sieht das anders. Sie kritisiert, dass Behörden die Auskunftstermine nicht einhielten, verantwortliche Firmen verschwiegen und teils abschreckend hohe Gebühren nahmen. »Schnelle Informationen gibt's im Prinzip gar nicht, Ross und Reiter werden allenfalls in Ausnahmefällen genannt«, sagt DUH-Expertin Cornelia Ziehm.

Genauere Antworten sind ausgeblieben

Die DUH wollte im März 2009 vom Bundesverbraucherministerium über das VIG mehr über den Stoff Isopropylthioxanthon (ITX) in Getränke- und Lebensmittelverpackungen erfahren. Negative Wirkungen dieser Chemikalie für die Gesundheit werden nicht ausgeschlossen. Die DUH kritisiert, dass genaue Antworten ausgeblieben seien, weil Unternehmen eingeschaltet wurden, die später Widerspruch einlegten. Eine bestimmte Information auf Nachfrage habe 225 Euro gekostet, es habe aber auch Gebühren für fehlende Infos geben sollen.

Die zuständigen Behörden sollen mit dem Gesetz Anfragen über Gammelfleisch-Skandale, Pestizide in Tomaten oder Gefahren einer Hautcreme beantworten. Unternehmen können sich aber auf Geschäftsgeheimnisse berufen. Wenn Gesundheitsgefahren drohen oder eine Firma verdorbene Lebensmittel verkauft, müssen Behörden jedoch von sich aus warnen.

FDP-Politiker sieht Nachbesserungs-Bedarf

Der Chef des Bundestags-Verbraucherausschusses, Hans-Michael Goldmann (FDP), fordert Nachbesserungen. »Die Informationsabfrage dauert viel zu lange oder Anfragen werden gar nicht erst beantwortet und es ist für viele Verbraucher schlichtweg zu teuer.« SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber will eine Klarstellung, dass die Behörden bei Verstößen »schwarze Schafe« nennen müssen. Das Gesetz sei ein Fortschritt gewesen, müsse aber auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden. Grünen-Fraktionsvize Bärbel Höhn hält das Gesetz für löchrig wie einen Schweizer Käse.

Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) hatte eine positive Zwischenbilanz für das erste Jahr gezogen. Vier Fünftel der fast 500 Anfragen seien kostenlos, bei 70 Prozent seien die Fristen eingehalten worden. Das Ministerium will Mitte Mai Bilanz ziehen.

Foodwatch macht sich für ein Smiley-System stark

Die Verbraucherorganisation Foodwatch fordert ein Smiley-System mit Gesichter-Signets für Gaststätten und Lebensmittelfirmen. »Amtsgeheimnis und Unternehmensinteressen dürfen nicht länger höher bewertet werden als der Schutz der Öffentlichkeit vor Gesundheitsgefahren und Täuschung«, sagte Vize-Geschäftsführer Matthias Wolfschmidt.

Mit 93 Prozent sprach sich eine große Mehrheit der Bundesbürger für Smileys auch in Deutschland aus. Das ergab eine Emnid-Umfrage unter 1003 Bundesbürgern für Foodwatch. Die Gesichter klären in Dänemark über Hygienemängel auf. Der Berliner Bezirk Pankow hatte 2009 eine Liste über Hygienemängel von Betrieben und Gaststätten im Internet veröffentlicht und war damit auf großes Interesse gestoßen.

Marc-Oliver von Riegen (dpa)

28.4.2010 16:30 MEZ

© NÜRNBERGER NACHRICHTEN

